

3,6 Millionen zurück?

Kammerkritiker fordern Ende des Sparkurses bei der IHK Kassel-Marburg

VON RAINER HAHNE

■ **Kassel. Kassel.** Zu sparsam war offensichtlich die IHK Kassel-Marburg und wird wohl wie die IHK in Braunschweig und Lüneburg-Wolfsburg Millionen an ihre Mitglieder rücküberweisen. Ein Freudentag für die Kammerkritiker.

Die IHK Kassel-Marburg gibt dem Druck der Kammerkritiker nach, die sich durch die erneute Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichtes (Urteile vom 09. Dezember 2015 und 22. Januar 2020) bestätigt sehen und senkt ihre Rücklagen nochmals erheblich ab. Geplant ist der Beschluss von Nachtragswirtschaftssatzungen für die Jahre 2016, 2018 und 2020. Die rückwirkenden Satzungsänderungen für die Jahre 2016 und 2018 dienen dabei ausschließlich dem Abbau von rechtswidrig angehäuften Rücklagen in Höhe von über 3,6 Millionen Euro.

„Es ist überfällig, dass die IHK endlich das Geld an die zurückzahlt, die es erarbeitet haben“, kommentiert Unternehmer Robert Aschoff, der sich schon seit Jahren im Haushaltsausschuss der IHK für eine das Ende der rechtswidrigen Rücklagenbildung einsetzt.

„Mit der Nachtragswirtschaftssatzung für das Jahr 2020, die durch eine von der Corona-Krise geprägte verän-

derte Wirtschaftsplanung notwendig wird, werden die Rücklagen weiter sinken. Im Ergebnis ist festzustellen, dass sich die Rücklagen der IHK Kassel-Marburg damit zum Ende des Jahres 2020 im Vergleich zum Jahr 2011 auf knapp 12 Millionen Euro fast halbiert haben werden. So erfreulich wie überfällig diese Entwicklung ist, so bedauerlich ist es, dass die IHK die



Sieht die Gelder für die Mitglieder noch nicht verloren: IHK Präsident Jörg Ludwig Jordan. Foto: Privat

klare Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichtes weiter missachtet und weiter an einer unzulässigen Kalkulationsmethode für die Risikoabschätzung und weiter an rechtswidrigen Rücklagen in Millionenhöhe festhalten will. Die IHK lernt es einfach immer noch nicht“, kritisiert Kai Boeddinghaus, der wie Robert Aschoff im Haushaltsausschuss der IHK sitzt.

„Man lässt sich von teuren Berliner Anwälten beraten – was machen die IHK-Juristen eigentlich beruflich – und muss die IHK zu jedem Schritt mit Widersprüchen und Klagen gezwungen werden“, beschreiben Aschoff und Boeddinghaus die Situation.

„Es ist überfällig, dass die IHK endlich das Geld an die zurückzahlt, die es erarbeitet haben.“

Unternehmer, die im Haushaltsausschuss der IHK sitzen.

Aus ihrer Sicht muss die IHK mindestens weitere drei Millionen Euro an die Mitglieder erstatten.

Die IHK wird auf ihrer Vollversammlung am 16. September endgültig entscheiden, ob die Überdotierungen an die Mitglieder zurückgegeben werden. Präsident Jörg Ludwig Jordan habe immer darauf hingewiesen, dass die Gelder für die Mitglieder nicht verloren seien.